

1 Jonas Lüscher, Schriftsteller,
Doktorand an der Professur für
Philosophie, ETH Zürich

Die Angst und der Wandel: Von der Wiederentdeckung der Problemlösungskompetenz des demokratischen Sozialstaates

Sehr geehrte Damen und Herren

Auf dreierlei möchte ich heute, in der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit, hinaus. Zum Ersten, und dies ist eine Binse beinahe, will ich darauf hinweisen, dass der Wandel sowohl unabdingbar wie auch unabwendbar ist. Erlauben Sie mir eine solche Selbstverständlichkeit zu äussern und auch noch wortreich zu erläutern, zum einen, weil die politischen Verhältnisse danach verlangen, zum anderen, weil eine solche Feststellung, auch wenn sie alles andere als neu oder überraschend ist, für eine Konferenz wie die heutige programmatischen Charakter haben kann: Wenn der Wandel unausweichlich ist, dann bleibt uns nur übrig, ihn zu gestalten, und genau darum soll es heute ja gehen.

Am effektivsten wirbt man für den Wandel noch immer mit Darwin, diesem grossen Erzähler, der die unveränderlichen, zeitlosen Wesenheiten nicht nur aus der Natur, sondern auch aus der Geistesgeschichte verbannt hat und uns Menschen eingeordnet hat in einen Prozess, in dem der Wandel die entscheidende Grösse ist. Nicht weil uns eine höhere Macht nach ihrem Ebenbild geformt hat, sind wir, was wir sind, nein, das haben wir der Möglichkeit des Wandels, der Veränderung zu verdanken. Selbstverständlich lassen sich mit Darwin auch konservative Geschichten, Geschichten von sturer Beharrlichkeit und erstaunlicher Persistenz gegenüber jeglicher Veränderung erzählen. Krokodile, zum Beispiel, haben sich in den letzten 80 Millionen Jahren kaum verändert, und damit ist es ihnen gut ergangen, leben sie doch, perfekt angepasst an ihre Nischen, auf fünf Kontinenten. Aber sie sind halt eben auch, nun ja, Krokodile geblieben. Vor 80 Millionen Jahren waren unsere Vorfahren kleine pelzige Kerle, wieselartig, Gehirne von der Grösse einer Walnuss; heute haben wir Bach, Miles Davis und The Godfather, die Erklärung der Menschenrechte, Sozialwerke und künstliche Herzklappen, das Standardmodell der Elementarteilchenphysik, die gleichgeschlechtliche Ehe und «Goethes Faust», Lionel Messi, Kate Moss und Nelson Mandela. Gewiss, wir haben auch Auschwitz, die Wasserstoffbombe, hungernde Menschen und das Privatfernsehen; auch das sollten wir nicht ausser Acht lassen.

In the long run aber, darauf will ich hinaus, sind wir Menschen mit dem Wandel gut gefahren. Deswegen sollten wir ihn nicht blindlings umarmen, aber doch zumindest, als Faktum in seiner Unvermeidlichkeit anerkennen und gewiss sein, dass sich die Dinge zum Besseren entwickeln können – können, nicht müssen!

Zum zweiten – und nun springe ich 140 Millionen Jahre vor in die kalte Silvesternacht des Jahres 406, wechsele damit von der Stammes- zur Kulturgeschichte, bevor ich mich der Gegenwart zuwende –, zum Zweiten also, will ich eine kurze Geschichte erzählen, die eben in jener Nacht des Jahreswechsels vom Jahre 406 ins Jahre 407 nicht ihren Anfang, aber doch eine entscheidende Wendung nahm, als ein Verband Vandalen, viele Tausend an der Zahl, irgendwo zwischen Mainz und Worms, den vermutlich zugefrorenen Rhein überquerte und ihren Fuss auf römischen Boden setzte, sich dabei ein letztes Mal umsahen, nach Osten, wo sie, in weiter Entfernung, an der Weichsel, im heutigen Polen, die Heimat wussten, die sie, auf der Flucht vor den Hunnen oder einer desaströsen Hungersnot, die Quellen sind unklar, nur fünf



Jahre zuvor verlassen hatten, dann zielstrebig das neue Land, Gallien, durchquerten, bereits zwei oder drei Jahre darauf die Pyrenäen überschritten, einen weiten Bogen durch Spanien schlugen, nur zwanzig Jahre, nachdem sie die Heimat in Osteuropa verlassen hatten, in Andalusien am Meer sich niederliessen, in wenigen Jahren zu Seefahrern wurden und 429 unter ihrem Anführer Geiserich, der in der eisigen Nacht der Rheinüberquerung gerade mal 16 Jahre zählte und sich noch an seine Kindheit an der Weichsel erinnern konnte, mit achtzigtausend Menschen nach Nordafrika übersetzten, wo sie sich innert Jahresfrist bis Karthago durchkämpften, die römische Provinz unterwarfen und im Jahre 439 diese zweitgrösste Stadt des Westens einnahmen, sich dort häuslich einrichteten, neusten Forschungen zufolge römischer wurden als die Römer selbst, d. h. die ihnen fremde Kultur, die Kunst, die Architektur, die Lebensweise, selbst die kulinarischen Vorlieben der Eroberten teilweise annahmen, die Seeherrschaft zumindest über das westliche Mittelmeer erlangten und 455, immer noch unter der Führung Geiserichs, 54 Jahre nachdem sie die Wälder Osteuropas verlassen mussten, die ewige Stadt Rom plünderten.¹ Diese atemberaubende Geschichte eines ganzen Volkes spielte sich in zwei Dritteln eines Menschenlebens ab. Wozu diese Geschichte? Sie soll zeigen, dass die gegenwärtige Rede vom beispiellosen, rasenden Wandel, vom schwindelerregenden Tempo der Globalisierung, von der noch nie dagewesenen Rasanz der Veränderung in der heutigen Zeit, nicht besonders originell und vielleicht noch nicht einmal wahr ist.

Menschen erlebten immer wieder Phasen des raschen Wandels, die ihre angestammte Lebensweise verunmöglichten und sie zu enormen Anpassungsleistungen zwang; das ist kein exklusives Merkmal unserer Zeit. Wessen Lebenswelt hat sich denn rascher und substantieller verändert: die eines in Osteuropa geborenen Vandalen, der mit Mitte vierzig die Eroberung Karthagos miterlebte oder die eines Schweizers der Nachkriegsgeneration, der, geboren in ein urbanes Umfeld, heute gerade die ersten Jahre seiner Rente genießt?

Ich will selbstverständlich nicht in Abrede stellen, dass das Tempo der technologischen Entwicklungen hoch ist und dass neue Formen der Mobilität, des Handels und der Kommunikation zu bislang nie dagewesenen Verstrickungen globalen Ausmasses führen. Aber es sind eben auch genau diese Entwicklungen, die uns ein ganz neues Instrumentarium an die Hand geben, mit dem sich dieser Wandel gestalten lässt. Viel wichtiger noch als dieses wissenschaftlich-technische Instrumentarium ist jedoch der Umstand, dass sich aus Geschichte, allen Unkenrufen zum Trotz, dennoch etwas lernen lässt. Es steht uns heute ein Wissen zur Verfügung über mehrere Tausend Jahre menschlichen Zusammenlebens, ein Reservoir gesellschaftlicher, kultureller und politischer Versuche und Irrtümer, ein hochreflexives Bewusstsein westlicher Geistesgeschichte, ein zunehmendes Interesse an fremden Lebensformen und alternativen Lebensentwürfen, kurz: ein Wissen darum, wie andere und frühere mit den Herausforderungen des Wandels umgegangen sind.

Einer dieser Versuche, er währte nicht lange und fand nur in einem kleinen Teil der Welt statt, firmiert unter der Bezeichnung des demokratischen Sozialstaates, oder auch der Sozialdemokratie.

¹ Die Quellenlage zu den Vandalen, vor allem zur Zeit vor der Übersiedlung nach Nordafrika, ist ausgesprochen bruchstückhaft. Einen lesenswerten und ganz aktuellen Überblick liefert Konrad Vössing, *Das Königreich der Vandalen*, Darmstadt 2014.



Damit bin ich bei drittens, und will nun endlich, wie ich es mit dem Titel meines Vortrages versprochen habe, eine Lanze für den demokratischen Sozialstaat brechen. Ich will dabei den Fokus noch einmal einengen und vornehmlich von der Schweiz sprechen. Und ich will mit einem Vorschlag beginnen: Ich schlage vor, dass wir weniger von Problemen, stattdessen aber von Aufgaben sprechen. Die Zuwanderung, die Zersiedelung, die Verkehrsüberlastung, die Asylfrage, der demografische Wandel, die ökologische Frage, die sich öffnende Einkommensschere, die Beziehungen zu unseren Nachbarländern und der Europäischen Union, dies alles sind Aufgaben, die uns gestellt werden. Problemen kann man mit zwei unterschiedlichen Strategien begegnen. Wir können sie lösen oder wir können sie uns vom Hals halten, indem man sie an andere abschiebt, sich wegduckt, das Gespräch verweigert, sich isoliert, die Grenzen dicht macht, die Augen verschliesst und sich um die Nöte und Leiden der anderen foutiert. Aufgaben aber müssen erledigt werden, man kann sie nicht zum Verschwinden bringen, man kann sie höchstens delegieren, dann aber müssen wir damit rechnen, dass sie schlecht erledigt werden, und die Konsequenzen fallen auf uns zurück. Deswegen sollten wir von Aufgaben statt von Problemen sprechen. Aber nicht nur deswegen, es ist auch unser enormer Wohlstand, unser unbestreitbares Wohlergehen, unsere politische Reife, unsere soziale Stabilität, die die allgegenwärtige Rede von den zahllosen Problemen verbietet. Von Problemen umzingelt, darf man sich in prekärer Lage, am Rande der Handlungsunfähigkeit wähnen.

Als wohlhabende, ja reiche Gemeinschaft, die eigentlich im Vollbesitz ihrer politischen und ökonomischen Handlungsfähigkeit sein könnte, sollten wir stattdessen von Aufgaben sprechen; es stünde uns besser zu Gesicht. Und diese Aufgaben sollten wir mit den Mitteln und dem Instrumentarium des liberalen demokratischen Sozialstaates angehen.

Aber tun wir das nicht, mögen Sie sich jetzt fragen? Nein, ich fürchte nicht; die Idee des Sozialstaates steckt in arger Bedrängnis, das Liberale kommt uns gerade abhanden, und so demokratisch wie wir sein könnten, sind wir längst nicht mehr oder vielleicht nie gewesen.

Es gab einmal eine Zeit, einige Dekaden vielleicht nur – bitte verzeihen Sie, wenn ich im Folgenden zur Verdeutlichung etwas glorifiziere –, in der der liberale Sozialstaat als zivilisatorische Errungenschaft verstanden wurde. Als Möglichkeit – eine Möglichkeit, die wir uns hart erarbeitet haben –, die Ungerechtigkeiten, die unsere Welt so mit sich bringt, etwas auszugleichen. Das war eine Folge davon, dass wir angefangen haben zu verstehen, dass das Privileg einer reichen Geburt eine Sache des Glücks ist und keine Leistung, dass Arbeitslosigkeit meist mehr mit Pech als mit mangelndem Fleiss zu tun hat, dass Talente und Begabungen ungerecht verteilt sind, dass wir uns unseren Charakter nicht aussuchen, auch nicht unsere sexuelle Ausrichtung, dass Krankheiten keine Strafe Gottes sind, dass einige es nicht schaffen, den Anforderungen unserer Leistungsgesellschaft gerecht zu werden und dass das nicht einfach mit mangelndem Willen abzutun ist. Und vor allem haben wir verstanden, dass wir als Gemeinschaft in der Lage sind, etwas dagegen zu tun, indem wir staatliche Werkzeuge entwickeln. Ein progressives Steuersystem, ein egalitäres, kostenloses Schulwesen mit individuellen Fördermöglichkeiten, Krankenversicherungen, Arbeitslosenversicherung, ein soziales Auffangnetz für jene, die aus dem Raster fallen, sozialtherapeutische Massnahmen statt dumpfer Kerkerhaft für jene, die vom rechten Weg abgekommen sind, Asylrecht



für die in ihren Heimatländern an Leib und Leben Bedrohten, ein politisch gesteuerter Städtebau, Gesetze zum Schutz von Minderheiten und Arbeitnehmern und vor allem, als Grundlage all dessen, die Demokratie, die jedem, unabhängig von seiner Geburt, seinem Geschlecht, seiner Hautfarbe und seiner monetären Potenz, dasselbe Mitspracherecht garantieren soll.

Aufgabe dieses Staates war es, Glück und Unglück als bestimmende Variablen des Lebens aus dem Spiel zu nehmen und die Schwachen vor den Starken zu schützen. Was für ein herrlicher Akt der kollektiven Selbstermächtigung; gemeinsam dem Schicksal ein Schnippchen schlagen. Eine Idee, die sogar Eingang in die Präambel unserer Verfassung gefunden hat. Die Stärke eines Volkes, steht dort geschrieben, messe sich am Wohl der Schwächsten.

Ende der 1960er-Jahre nun geriet dieser Sozialstaat ins Schlingern. Auch Sozialpolitik ist eben Realpolitik und kein Wunschkonzert. Verkrustete Strukturen, demografische Verschiebungen, globale Wirtschaftereignisse, widerstreitende Interessen machten Reformen unumgänglich. Doch anstatt die Idee aufrechtzuerhalten und nötige Reformen einzuleiten, fingen wir an, den Sozialstaat nicht mehr als bewundernswerte Errungenschaft, sondern im besten Fall noch als notwendiges Übel zu betrachten. Der Staat, so die neue Idee, soll das Recht auf Privateigentum schützen, der Rest, sagte man, regle der Markt. Dahinter steht eine Vorstellung der Selbstregulation und in einer solchen wird natürlich die Vorstellung, der Wandel sei im Kollektiv, als politisches Projekt und unter normativen Kriterien gestaltbar, obsolet. Ein solcher politischer Gestaltungswille würde nur bedeuten, einem sich selbst regulierenden Prozess, dem Marktgeschehen ins Handwerk zu pfuschen. Dass diese Vorstellung falsch ist, zeigt sich nicht nur in der offensichtlichen Tatsache, dass nicht alles, was sich rentiert, gut und schön und wünschenswert ist, wir aber nicht bereit sind, diese Kriterien zugunsten einer ökonomischen Logik aufzugeben; es zeigt sich an allen Ecken und Enden der Realität und am deutlichsten vielleicht an der Lage des Immobilienmarktes, der vermutlich in keiner Stadt der Welt funktioniert, was besonders fatal ist, denn das Bauen bringt wie kaum eine andere menschliche Tätigkeit zum Ausdruck, wer wir sind und definiert zugleich – und meist für viele Dekaden –, wer wir sein werden.

Interessanterweise schienen aber gerade die Vertreter der neoliberalen Idee dem Markt nicht zu trauen und sicherten sich vorsorglich erheblichen Einfluss in der Sphäre der Politik, auch wenn das eigentlich der reinen Lehre widersprach.

Diejenigen unter Ihnen, die sich mit der demografischen Alterung und damit zwangsläufig viel mit Gesundheitspolitik auseinandersetzen, wissen, dass sich in der Schweiz, gegen die Interessen der Wirtschaft, kaum eine gesundheitspolitische Entscheidung durchsetzen lässt, auch wenn sie für die Gemeinschaft von Vorteil wäre. Es ist diese Art der Einflussnahme, die ganz offensichtlich dem fundamentalen Grundsatz der Demokratie «eine Person – eine Stimme» widerspricht und die auch der Schweiz die Merkmale des Postdemokratischen verleiht, selbst wenn das Ergebnis der Abstimmung zur Masseneinwanderung in bemerkenswerter Weise gezeigt hat, dass die Einflussnahme der Wirtschaft und ihrer Verbände nicht immer die gewünschte Wirkung zeigt.²

Nun gut, Kritik am Neoliberalismus, deswegen halte ich sie auch kurz, ist heute wohlfeil zu haben. Auf kaum etwas können wir uns gegenwärtig in der Schweiz, quer durch

2

Zum Begriff des Postdemokratischen: Colin Crouch, *Postdemokratie*, Frankfurt a. M. 2008

die Bevölkerung, so einigen, wie auf die Ablehnung des Neoliberalismus und eine Skepsis gegenüber der Globalisierung. Aber wie wir darauf reagieren sollen, darüber gibt es nicht den geringsten Konsens, und es wäre falsch, diese geteilte Ablehnung als Anlass zu nehmen, den Spalt, der unsere Gesellschaft durchzieht, zu marginalisieren. Die Schweiz ist ein gespaltenes Land. Damit meine ich selbstverständlich nicht, dass sich eine saubere Bruchstelle ausmachen liesse und ein jeder mit Sicherheit zu sagen weiss, auf welcher Seite er steht. Es wird viele geben, die sich zum Spagat gezwungen sehen, solche, die ihren Bauch auf der einen Seite und ihren Verstand auf der anderen wähen und solche, die in der einen Sache gerne hier wären und in der anderen lieber drüben. Und es geht mit dieser Feststellung nicht die Idee einher, es stünden sich zwei völlig homogene Lager, zwei in sich gleich fühlende und gleich denkende, sich in allen Belangen einig seiende Gruppen gegenüber. Natürlich nicht. Gelegentlich finden wir uns in unseren jeweiligen Lagern sogar in seltsamen und schwierigen Allianzen wieder. Dennoch halte ich es für richtig anzuerkennen, dass sich in unserer Gesellschaft zwei unterschiedliche Haltungen ausmachen lassen, wie wir mit den Anforderungen der Globalisierung mit dem Wandel und mit den davon betroffenen Menschen umgehen wollen, die sich bei Weitem nicht nur an der Urne manifestieren, aber dort eben am deutlichsten, in Zahlen und mit schwerwiegenden Konsequenzen. Und diese beiden Haltungen haben damit zu tun, ob wir die Herausforderungen der Zeit als Aufgaben oder als Probleme betrachten.

Es ist einer politischen Kraft in unserem Land gelungen, ein Bedrohungsszenario aufzubauen und damit bei einem signifikanten Teil der Bevölkerung Ängste zu schüren vor einem drohenden Verlust des Wohlstandes, der eigenen Identität und einem garantierten Sitzplatz in der Bahn. Das ist ja, bei Lichte betrachtet, ein schon fast bemerkenswertes Husarenstück, die Bevölkerung eines der reichsten Länder der Welt, eines der sichersten Länder der Welt, eines der politisch stabilsten Länder, eines Landes mit Vollbeschäftigung, davon zu überzeugen, man gehöre zu den Verlieren des Wandels, man habe an allen Fronten mit Problemen zu kämpfen, die nach radikalen Lösungen, ja sogar nach Notwehr verlangten. Ein populistisches Meisterstück, dessen Gelingen mit der Volksweisheit, wer viel habe, habe eben auch viel zu verlieren, sicherlich nur unzureichend erklärt ist. Das kollektive Gefühl der Bedrohung rechtfertigt fast jede Härte gegenüber den anderen. Sei es die seit Jahren fortschreitende Verschärfung der Asylgesetzgebung, der Ruf nach einer härteren Justiz, der jüngste Beschluss zum Waffenexport, der den Verkauf an Regime erlaubt, die die Menschenrechte verletzen, oder die drohende Wiedereinführung des Saisonier-Status mit seiner ganzen sozialen Härte. Es scheint, als sei ein Teil der Schweizer Bevölkerung bereit, andere jeden Preis für die Erhaltung ihres Wohlstandes bezahlen zu lassen.

Wie kann es uns in dieser Lage also gelingen, den Wandel als unausweichlichen Prozess zu verstehen, den es mit den Mitteln eines funktionierenden Gemeinwesens aktiv zu gestalten gilt? Schön wäre es, ich könnte diese Frage beantworten. Das kann ich nicht; ich habe aber zumindest eine Vermutung. Es wird, so bin ich mir ziemlich sicher, keine Frage der besseren Argumente sein; der Verweis auf die Vernunft oder den Common Sense, wird nicht genügen. Es wird vielmehr eine Frage des besseren Lebens sein, des besser gelebten Lebens.



Und ich bin mir ziemlich sicher, dass der Ort, an dem uns das am ehesten gelingen könnte, unsere zukünftigen Städte sind. Wenn es uns gelingt, zu einem Städtebau zu kommen, der die «Finanzialisierung»³ unserer Städte beendet, das würde bedeuten, ein Städtebau, der sich als genuin politisches Instrument, als soziales Instrument versteht und damit den Bewohnern dieser Städte, den Bürgern, Rechenschaft schuldig ist. Ein Städtebau der das Ökonomische als Rahmenbedingung akzeptiert, nicht aber als Zweck. Ein selbstbewusster Städtebau, der das Urbane feiert und nicht hinter vorgetäuschter Ländlichkeit aus trostlosen Rasenflecken versteckt. Ein Städtebau, der sich 2500 Jahre urbaner Baugeschichte bewusst ist, ohne in einen grossbürgerlichen Historismus zu verfallen, der abgestanden nach dem Perückenpuder obsolet gewordener Adeliger riecht. Darauf setze ich meine Hoffnung; auf Städte, die Ausdruck eines demokratischen Gestaltungswillens sind und die uns zwingen, den anderen in seiner Andersartigkeit auszuhalten, auch wenn uns nur eine Ziegelmauer voneinander trennt. Vielleicht finden wir sie dort wieder, die Lust am Schnippchen schlagen, gemeinsam, dem Schicksal, als Akt kollektiver Selbstermächtigung, als höchster Ausdruck zivilisatorischen Fortschritts. Dann können wir den Wandel auch wieder als das verstehen, was er ist, unabwendbar, aber eben auch unabdingbar. Lassen Sie uns versuchen Menschen zu sein, nicht Krokodile.

Herzlichen Dank unseren Projektpartnern



Medienpartner



³ Den Begriff verwendete Saskia Sassen bei einer Konferenz über die Stadt im Zeitalter des ungebremsen Kapitalismus in Berlin (April 2014). Felix Stephan schreibt dazu, diese Wortschöpfung «bezeichnet den Anschluss eines Gegenstandes an die Finanzwelt, der diesen Gegenstand aller Zweckzuschreibung entledigt, ausser jenem, eine maximale Rendite für jemanden zu erzielen, der mit einiger Wahrscheinlichkeit kein Mitglied unseres warmherzigen Kollektivs ist.» In: Süddeutsche Zeitung, Der Geruch absterbender Demokratie, 7. April 2014.

